


Was die da oben nicht begreifen

... und warum eine Umkehrung des Zinsezins auch sehr wirksam wäre.

Von Günther Moewes



Ein langfristiges, unaufhaltsames Anwachsen der sozialen Ungleichverteilung kann gesellschaftspolitisch nicht hingenommen werden, weil es sich über kurz oder lang in Zusammenbrüchen entladen muss. Das können Finanzcrashes, Umstürze oder Kriege sein oder gar eine logische Aufeinanderfolge solcher Vorgänge wie beispielsweise 1929. Eine Regierung, die sich per Eid verpflichtet hat, Unheil von ihrem Volk abzuwenden, müsste deshalb dem heutigen dramatischen Anwachsen der Ungleichverteilung energisch entgegenwirken.

Die Ursache dieser wachsenden nationalen und globalen Ungleichverteilung ist die gleiche wie die der heutigen Finanzkrise: Es ist die einseitige weltweite Übervermehrung der großen privaten Geldvermögen. Von dieser Übervermehrung lässt sich mit absoluter wissenschaftlicher und mathematischer Gewissheit sagen, dass sie nicht bis in alle Ewigkeit so weiter gehen kann, einfach, weil exponentielle Vorgänge real nun einmal nicht bis in alle Ewigkeit weitergehen können. Dennoch gibt es keinerlei Konzepte für ihre Überwindung oder gar für die Zeit danach. Was die da oben nicht begreifen, ist vor allem eins:

Solange diese Übervermehrung der großen privaten Geldvermögen nicht gestoppt wird:

- steigen die Gesamtschulden von Staat, Unternehmen und Haushalten langfristig im gleichen Tempo an wie eben diese Geldvermögen. Aller Abbau von Staatsschulden ist dann immer nur Umwälzen auf Unternehmen und die Mehrheit der privaten Haushalte bis zu deren Zusammenbruch und zur erneuten Reparatur durch Neuaufnahme von Staatsschulden. Da hilft auch kein Schuldenstopp per Grundgesetz,
- nutzt auch keine noch so strenge „Regulierung der Finanzmärkte“, weil die überschüssigen Abermilliarden des großen privaten Geldes weiter auf der Suche nach Rendite

um den Globus jagen werden. Und eine solche Rendite lässt sich nun einmal nicht mit Armutsbekämpfung erzielen,

- steigen deshalb Ungleichverteilung und Armutsschere trotz immer höherer Produktivität immer weiter an, sowohl national als auch global,
- wird der immer mehr von Maschinen erwirtschaftete Wohlstand weiter einseitig an die Kapitaleseite fließen und so dem Arbeitsmarkt und der „Binnenkonjunktur“ entzogen werden,
- wird auch ein Exportüberschuss diese Entwicklung immer weniger aufhalten, weil die Abnehmerländer sich zunehmend technologisch emanzipieren werden.

Alle, die jetzt behaupten, die Finanzkrise wäre durch eine rechtzeitige, strenge Finanzmarktregulierung zu vermeiden gewesen, drücken sich um die Antwort auf die Frage, wo denn die überschüssigen Abermilliarden privaten Reichenkapitals hätten hin sollen, die von der sogenannten „Realwirtschaft“ außerhalb der Armutsbekämpfung gar nicht mehr gebraucht werden. Derzeit geben sich auf den Bildschirmen selbst hartgesottene Prokapitalisten und Neoliberale als Kapitalismuskritiker und treten gegenüber der gezielt verängstigten Bevölkerung im Rettergewand auf. Gleichwohl ist eine Überwindung der immer rasanter wachsenden Ungleichverteilung über Parteien, Wahlen oder Par-

lamente derzeit offenbar nicht zu erreichen. Verursacher sind nun einmal keine Retter. Alle Hoffnungen konzentrieren sich deshalb darauf, dass die global agierenden NGO's, dass die Geld- und Bodenreformbewegung, Attac, Greenpeace, Naturschutzverbände, Kirchen und Gewerkschaften nach und nach Bewusstsein und Wahlverhalten verändern.

Woher kommt die Ungleichverteilung? Die privaten Geldvermögen sind in Deutschland bekanntlich seit 1950 jährlich um 7,47% gewachsen¹⁾. Dieser Anstieg war äußerst beharrlich. Seine Streuung lag im Durchschnitt auch in Krisen unter 1%. Dabei sind tatsächlich aber nur die Geldvermögen der reichsten 10% angestiegen. Die der übrigen 90% sind zum kleinen Teil gleichgeblieben, zum großen Teil real gesunken, weil sie ständig die leistungslos erzielten Kapitalrenditen der reichsten 10% über den „Zins im Preis“²⁾ bedienen mussten. Anfang des Jahres meldete die Presse allerdings, 2007 seien die privaten Geldvermögen zum ersten mal seit Kriegsende gesunken. Dieser Behauptung ist jedoch zu misstrauen, weil offenbar kursabhängige Aktien in die Geldvermögen mit eingerechnet wurden. Die werden in der Ökonomie aber nun einmal aus gutem Grund zu den „Sachvermögen“ gezählt und haben in den kursunabhängigen Geldvermögen nichts zu suchen. Im übrigen ist die Einrechnung vermeintlich „verbrannten“ Geldes ohnehin fiktiv und deshalb falsch.

Alle vorgeschlagenen Maßnahmen gegen diese exponentiell steigende Ungleichverteilung müssen deshalb grundsätzlich danach beurteilt werden, wie sie sich auf diesen ständigen jährlichen Anstieg der Reichenvermögen um mindestens 7,47% auswirken. Wenn wir nicht immer wieder in den ewigen vorausseilenden Gehorsam verfallen wollen, muss diese Beurteilung zuerst einmal unabhängig von der realen politischen Durchsetzbarkeit erfolgen. Von Bedeutung ist also vor allem die Frage: Was wirkt dieser immer dramatischer wachsende Ungleichverteilung nicht nur nicht entgegen, sondern steigert sie sogar noch? Was könnte sie im besten Fall nur verlangsamen, was könnte sie womöglich stoppen und was gar verringern?

Was steigert die Ungleichverteilung?

Die sogar von manchen Befürwortern des „bedingungslosen Grundeinkommens“ aus dem Unternehmerlager geforderte Mehrwertsteuer steigert die Ungleichverteilung noch. Sie ist zwar konsumdämpfend und damit ökologiefreundlich, belastet aber die stark konsumabhängigen Kleinkommen stärker als die Großeinkommen. Und sie belastet die leistungslos erwirtschafteten, überschüssigen privaten Großvermögen überhaupt nicht. Noch kontraproduktiver ist der jetzt neu in Mode kommende Tarifbetrug: Da werden dann zwei jährliche Lohnerhöhungen von je 2% als vermeintliche 4% angepriesen. Bei einer Inflation von jährlich

2% ist das nicht nur eine Bruttoreallohnerhöhung von Null, sondern angesichts der progressiv mitgestiegenen Einkommenssteuer ein Nettoallohnverlust. Solche Nettoverluste werden dann von Gewerkschaftsvertretern „erkämpft“, die eben noch in Aufsichtsräten gesessen haben.

Was verlangsamt die Umverteilung?

Andere der gegenwärtig diskutierten Vorschläge würden das Anwachsen der Ungleichverteilung nicht stoppen, sondern bestenfalls verlangsamen. Dazu gehören Abgeltungs- und Kapitalertragssteuern, die (bei der Gründung von attac favorisierte) Maschinen- oder Tobinsteuer, sowie alle Progressionsvarianten der Einkommenssteuer.

Dazu gehört auf den ersten Blick auch das „Allgemeine Grundeinkommen“ selbst. Es wird bisweilen kritisiert, weil es vermeintlich Lohnkosten der Unternehmen auf den Staat abwälze und nach dem Gießkannenprinzip verfare, anstatt sich auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren. Auf diese Weise trage es eher dazu bei, den Sozialstaat weiter zu untergraben. Diese Kritik verkennt allerdings, dass das Grundeinkommen in erster Linie ein anderes Ziel hat als den Abbau der Ungleichverteilung. Es will vor allem der Kapitalseite die Erpressungsinstrumente Arbeitslosigkeit und Arbeitszwang entwinden. Mit denen werden u.a. die unausweichlichen Sättigungskrisen in den hochindustrialisierten Ländern trotz ständig gestiegenen Gesamtwohlstands gezielt in Beschäftigungs- und Einkommenskrisen verwandelt. Die US-Immobilienkrise und die globale Autokrise sind solche Sättigungskrisen. 4,6 Millionen Häuser wurden allein in den USA zuviel produziert und stehen jetzt leer. Diese primären Sättigungskrisen suchte man dort mit einer Inflation von faulen Krediten zu kompensieren. So entstand als Folgekrise die sogenannte Finanzmarktkrise. Diese wiederum löst jetzt als Folge eine Wirtschafts- und Beschäftigungskrise aus. Und die versucht man dann wieder mit der ursächlichen Kreditexpansion zu bekämpfen. Und mit Abriss, Abwrackprämien, Zerstörung und anschließendem Wiederaufbau. Und schließlich mit der fiktiven „Schaffung von Arbeitsplätzen“ durch Aufteilung von Vollzeitstellen in viele kleine Teilzeitstellen, Minijobs und Ersatzbeschäftigungen, sowie mit direkter Statistikmanipulation.

Diese ständige Kompensation zurückgehender Menschenarbeit durch sinnlose Ersatzbeschäftigungen gehört ebenfalls zu den Entwicklungen, die mit absoluter Gewissheit nicht bis in alle Ewigkeit weitergehen können. Die Kapitalseite benutzt sie nur, um damit ständig die einseitige Aneignung des immer mehr von Maschinen verdienten Geldes zu rechtfertigen oder zu verschleiern. Nachfragetheoretiker und Arbeitsverherrlicher müssen sich deshalb fragen lassen, ob sie mit ihrem ständigen Ruf „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ nicht dieses Aneignungsinteresse der Kapitalseite

unfreiwillig bedienen. Das „Allgemeine Grundeinkommen“ weist dagegen über eine solch kurzfristige Perspektive hinaus. Es wäre geeignet, das einseitige und markt- und industrialisierungswidrige Diktat der Kapitaleseite vom „Fördern und Fordern“ zu brechen, sowie deren einseitiges Aneignungsmonopol über die Maschineriegewinne. Insoweit könnte es langfristig schneller zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen. Es könnte über ein blosses Abbremsen des Umverteilungsanstiegs weit hinausgehen.

Was stoppt die Ungleichverteilung?

Eine (theoretisch angenommene) weltweite Reduzierung aller Kapitalrenditen auf Null per Gesetz würde dagegen die permanente laut- und leistungslose Umverteilung von unten nach oben nicht nur bremsen, sondern schlagartig und dauerhaft stoppen. Würde sie die bestehende Ungleichverteilung aber auch nach und nach reduzieren oder nur den status quo erhalten? Ein bekannter Ökonom schrieb mir: „Darüber mache ich mir am wenigsten Gedanken. Die Megavermögen werden mit der Zeit schon abschmelzen durch Inflation, Erbteilung und Verbrauch“. Ob das dann allerdings auch für solche Milliardenvermögen gilt, die weniger durch leistungslose, sich selbst alimentierende Kapitalrenditen erwirtschaftet wurden, als vielmehr z.B. durch Firmenübernahmen und Heuschreckenzugriffe, wage ich zu bezweifeln. Selbst Gewinne aus gesellschaftsdienlichen Realinvestitionen können nicht bis in unbeschränkte Höhe „ungedeckelt“ bleiben. Und firmeneigene Sachvermögen sollen ja ohnehin nicht angetastet werden. Am ehesten wäre noch eine Reduzierung der Milliardenvermögen durch die laufende Inflation denkbar, weil die ja dann nicht mehr durch Kapitalrenditen kompensiert würde.

Gerade in der gegenwärtigen Finanzkrise und bei den Nullzinsen in den USA nehmen ja die Vermögen vieler Milliardenäre noch drastisch zu. Hier bestätigen sich die alten Befürchtungen der Geld- und Bodenreformbewegung, wonach ein Nullzins ohne Umlaufsicherung nur in Geldhortung und Kreditklemmen führen kann. Die FED wird zur großen Matratze: Die Banken parken das Geld lieber bei ihr zu Nullzinsen (und das nicht nur nachts), anstatt das Risiko einer Ausleihe zu ein oder zwei Prozent auf sich zu nehmen.

Da erscheint deshalb die Einführung eines neuen Geldes mit Umlaufsicherung aussichtsreicher. Auch sie würde die Umverteilung schlagartig stoppen, zumindest im eigenen Geltungsbereich. Aber auch hier würde selbst eine (theoretisch angenommene) schlagartige weltweite Einführung nicht ohne weiteres zu einem Abbau der bereits aufgebauten, historisch einmaligen Ungleichverteilung führen. Auch hier bliebe verteilungspolitisch der status quo bestehen. Selbst die Hoffnung auf einen langsamen Abbau durch Inflation bliebe hier vermutlich illusorisch, weil ja genau

deren Beseitigung eins der Ziele zinslosen Geldes ist. Manche hoffen ja auch darauf, dass die Attraktivität eines solchen Geldes nach und nach das alte Geld verdrängt. Die Vorstellung, dass das alte Geld der Milliardäre eines Tages niemand mehr haben will, ist natürlich bestechend. Allerdings sind die Vorstellungen der Geld- und Bodenreformbewegung hinsichtlich des maximal erzielbaren Anteils zinslosen Geldes da wesentlich realistischer. Dass eines Tages Airbusse und Kreuzfahrtschiffe mit laufend abzustempelndem Regiogeld bezahlt werden, stellen auch sie sich offenbar nicht vor.

Was reduziert die Ungleichverteilung?

Eine der wenigen Möglichkeiten, den exponentiellen Anstieg der großen privaten Geldvermögen nicht nur zu stoppen, sondern die bereits bestehende Ungleichverteilung nach und nach abzubauen, wäre die mathematische Umkehrung des Zinseszinsprinzips. Was heißt Umkehrung? Bei den Exponentialfunktionen gibt es sogenannte „steigende“ und „fallende“ Kurven. Bei steigenden ist der Exponent größer als Null, bei fallenden kleiner als Null. Genau so, wie ein Anfangswert oder Grundkapital durch den fortgesetzten jährlichen Zuschlag einer gleichbleibenden Rendite exponentiell (d.h. immer schneller) zunimmt, würde es durch den jährlichen Abzug eines gleichbleibenden Prozentsatzes fortlaufend immer langsamer abnehmen. Genau so, wie sich die steigende exponentielle Kurve immer mehr einer Vertikalen annähert, ohne sie je zu erreichen, nähert sich die fallende Kurve der „abnehmenden Schrumpfung“ immer mehr einer Horizontalen an, ebenfalls ohne sie je zu erreichen. Die Halbierungszeiten einer solchen „abnehmenden Schrumpfung“ sind genau die gleichen wie die Verdopplungszeiten bei steigenden exponentiellen Vorgängen mit der jeweils gleichen Prozenztrate. Die Überschriften der allgemein bekannten Tabelle aus Zinsfuß und Verdopplungszeiten könnte also auch heißen: „Verdopplungs- und Halbierungszeiten“.

Eine Maßnahme, die tatsächlich einer solchen Umkehrung des Zinseszinsprinzips folgt, wäre die Vermögenssteuer. Das gilt zuerst einmal so lange, wie keine neuen Einkommen zum Anfangskapital hinzukommen. Genau so, wie ein Zinseszins von 2% alle 35 Jahre zu einer Verdopplung des Anfangskapitals führt, würde eine Vermögenssteuer von 2% alle 35 Jahre zu dessen Halbierung führen. Nach etwa 105 Jahren wäre nur noch ein Achtel vorhanden.

Nun gilt die Vermögenssteuer hierzulande als bürokratisch und wenig ergiebig. Tatsächlich bewegten sich ihre Sätze bis zu ihrer Abschaffung Ende 1996 zwischen 0,5 und 1%. Nach Aufhebung des sogenannten „Halbteilungsgrundsatzes“ durch das Bundesverfassungsgericht wären jedoch weitaus höhere Sätze möglich, zumal es ja den Anlass für den Halbteilungsgrundsatz, den damaligen Spitzensteuer-

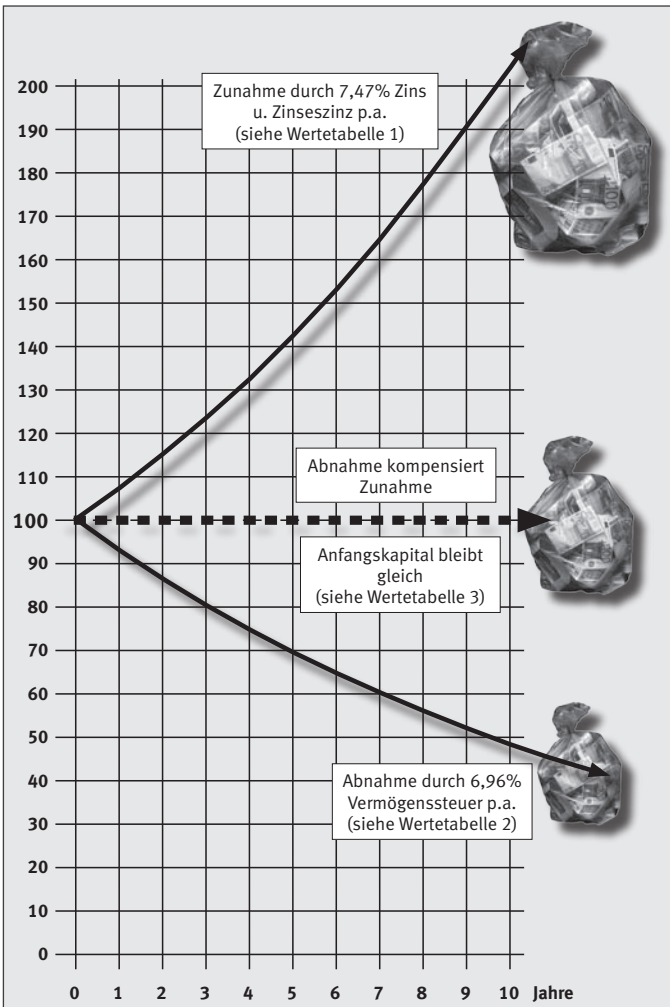


Abbildung 1:
Obere Kurve: Langjähriger Anstieg der privaten Geldvermögen in Deutschland um jährlich 7,47%. Verdoppelung alle 10 Jahre, (siehe Wertetabelle 1).
Untere Kurve: Eine Vermögenssteuer von 6,96% würde ein gleichbleibendes Vermögen alle 10 Jahre halbieren (siehe Wertetabelle 2).
Mittlere Horizontale: Um den Anstieg der privaten Geldvermögen im Mittel wenigstens zu kompensieren, wäre eine Vermögenssteuer von 6,96% erforderlich. Nur dann würden die Vermögen wenigstens nicht mehr ansteigen, sondern gleichbleiben. Als Resultierende ergäbe sich eine Horizontale (siehe Wertetabelle 3).

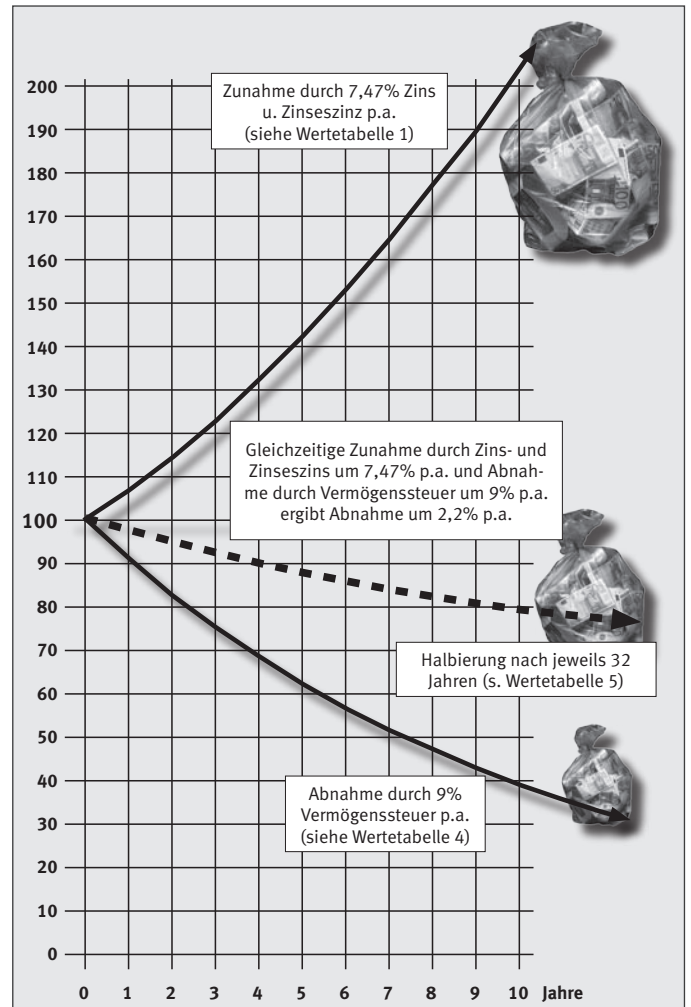


Abbildung 2:
Obere Kurve: Langjähriger Anstieg der privaten Geldvermögen in Deutschland um jährlich 7,47%. Verdoppelung alle 10 Jahre (wie Abb. 1).
Untere Kurve: Eine Vermögenssteuer von 9% würde ein gleichbleibendes Vermögen alle 8 Jahre halbieren (siehe Wertetabelle 4).
Mittlere Kurve: Eine Vermögenssteuer von 9% würde die um 7,47% p.a. steigenden Vermögenum jährlich 2,2% sinken lassen. Die Vermögen würden dann alle 32 Jahre halbiert (siehe Wertetabelle 5).

Abbildung 1

satz von 53% ja heute nicht mehr gibt. Die verteilungspolitische Frage lautet also: Welcher Vermögenssteuersatz wäre mindestens notwendig, um das weitere jährliche Anwachsen der großen privaten Geldvermögen um 7,47% volkswirtschaftlich zu stoppen oder gar die bestehende Ungleichverteilung abzubauen?

Der mathematische Laie würde nun vermutlich denken, dieser Anstieg der privaten Geldvermögen könnte durch eine prozentual gleich große Vermögenssteuer von 7,47% wieder kompensiert werden. Die Vermögen würden dann im Mittel nicht mehr steigen, sondern ständig gleich bleiben. Abgesehen von Problemen der Erfassung und der politischen Durchsetzbarkeit ist diese Annahme auch mathematisch nicht exakt.

Bekanntlich kann man die y-Werte einer steigenden Zinsezinskurve ja nicht nur mit Hilfe der bekannten Exponentialformel aus den x-Werten ermitteln, sondern auch durch einfache Multiplikation allein aus den y-Werten, indem man

Abbildung 2

diese fortlaufend mit dem sogenannten „Wahrnehmungsfaktor“ a malnimmt. Bei einem jährlichen Anstieg von 4% beträgt dieser Wahrnehmungsfaktor $(100 + p)/100 = 1,04$. Bei 7,47% beträgt er 1,0747. Bei den y-Werten einer fallenden Vermögenssteuerkurve von 7,47% beträgt der Wahrnehmungsfaktor dagegen fortlaufend $(100 - p)/100 = 0,9253$. Belegt man ein Anfangsvermögen nun gleichzeitig mit einem Zinsezins und einer Vermögenssteuer von 7,47%, so muss man ihn fortlaufend nicht nur mit 1,0747 multiplizieren, sondern auch mit 0,9253. Das Produkt aus beiden Wahrnehmungsfaktoren beträgt nun aber nicht 1,0 sondern nur 0,9944. Das heißt bei einem Zinsezins und einer Vermögenssteuer von 7,47% würde das Anfangsvermögen nicht etwa gleich bleiben, sondern jährlich um knapp 0,6% abnehmen. Nach etwa 116 Jahren wäre es nur noch halb so groß. Oder umgekehrt: Um einen Anstieg von 7,47% mathematisch exakt zu kompensieren, benötige ich nur einen Steuersatz von 6,96% lt. **Abbildung 1**.

Wertetabellen

Veränderung eines Anfangskapitals von 100 bei Zunahme oder Abnahme von p% nach x Jahren

A = Anfangskapital = 100

x = Anzahl der Jahre

y = Kapital nach x Jahren

a= sog. Wahrnehmungsfaktor (fortlaufende Multiplikation von 100 mit a ergibt jeweils y)

Wertetabelle 1: Zunahme durch Zins- und Zinseszins um jährlich 7,47% (Verdoppelung nach jeweils 10 Jahren)

x	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
y	100,00	107,47	115,50	124,13	133,40	143,36	154,07	165,58	177,95	191,24	205,53
a	1,0747	1,0747	1,0747	1,0747	1,0747	1,0747	1,0747	1,0747	1,0747	1,0747	1,0747

Wertetabelle 2: Abnahme durch Vermögenssteuer um jährlich 6,96% (Halbierung nach jeweils 10 Jahren)

x	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
y	100,00	93,04	86,56	80,53	74,93	69,72	64,87	60,35	56,15	52,24	48,61
a	0,9304	0,9304	0,9304	0,9304	0,9304	0,9304	0,9304	0,9304	0,9304	0,9304	0,9304

Wertetabelle 3: Gleichzeitige Zunahme um 7,47% p.a. durch Zins- und Zinseszins und Abnahme um 6,96% p.a. durch Vermögenssteuer (a = 1,0747 x 0,9304 = 1,0). Das Anfangskapital bleibt konstant.

x	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
y	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
a	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

Wertetabelle 4: Abnahme um 9% p.a. durch Vermögenssteuer (Halbierung nach 8 Jahren).

x	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
y	100,00	91,00	82,81	75,36	68,57	62,40	56,79	51,68	47,03	42,79	38,94
a	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91

Wertetabelle 5: Gleichzeitige Zunahme um 7,47% p.a. durch Zins- und Zinseszins und Abnahme um 9% p.a. durch Vermögenssteuer (a = 1.0747 x 0,91 = 0,978). Halbierung nach 32 Jahren.

x	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
y	100,00	97,80	95,64	93,35	91,48	89,46	87,49	85,57	83,68	81,83	80,04
a	0,978	0,978	0,978	0,978	0,978	0,978	0,978	0,978	0,978	0,978	0,978

Halbierung eines Anfangsvermögens von 100 nach n Jahren bei einem gleichzeitigen jährlichen Anstieg von 7,47% durch Zins- und Zinseszins und einer Vermögenssteuer von p% p.a.

p%	Halbierung nach n Jahren
6,96	Keine Abnahme/Halbierung, Vermögen bleibt immer gleich
7,00	1310
7,50	118
8,00	61
8,50	42
9,00	32
9,50	26
10,00	21



Was die da oben nicht hegreifen

Jetzt wird der Sinn unserer Überlegungen erkennbar: Nicht nur das ganze Ausmaß der bestehenden Ungleichverteilung wird deutlich, sondern auch die ganze Unwirksamkeit aller bisherigen vermögenssteuerlichen Überlegungen. Eine Vermögenssteuer, die den bisherigen Anstieg der Ungleichverteilung volkswirtschaftlich auch nur stoppen wollte, müsste bereits knapp 7% betragen, die vollständige Erfassung der Vermögen vorausgesetzt. Eine Vermögenssteuer, die zu einer Halbierung der Vermögen in 61 Jahren führen würde, müsste 8% betragen. Sie würde die Vermögen erst nach etwa 116 Jahren auf ein Viertel abgeschmolzen haben und nach insgesamt 177 auf ein Achtel. Würde man nur die Vermögen der 10% Reichsten damit belasten und die der 90 unteren und mittleren Einkommen schonen, würde die Ungleichverteilung schneller abgebaut. Vor allem aber: alle Vermögenssteuersätze unter 6,96% würden den weiteren Anstieg der Reichenvermögen und der Ungleichverteilung nicht verhindern, sondern allenfalls geringfügig bremsen.

Steuersätze von 8% würden vermutlich bei den Vermögensbesitzern auf wenig Begeisterung stoßen. Das könnte jedoch durch spezifische Gestaltungs- und Steuermöglichkeiten verhindert werden. Beispielsweise könnte ein Sockelbetrag unbesteuert bleiben, z.B. die Hälfte des Anfangsvermögens. Dann säne das Restvermögen niemals unter diese Hälfte ab. Das gälte für alle Steuersätze. Milliardäre könnten von den leistungslosen Renditen dieser Hälfte immer noch lebenslang ein arbeitsfreies Luxusleben führen. Einer etwaigen Zunahme des Anfangsvermögens würde durch Einkommens-, Abgeltungs- oder Kapitalertragssteuern Rechnung getragen werden. Der steuerfreie Sockelbetrag könnte dann entsprechend auf die neue Hälfte steigen.

Es ist bezeichnend für eine Wachstumsgesellschaft, dass es für einen solchen Vorgang einer „abnehmenden Schrumpfung“ keinen gängigen Begriff gibt. Der Mathematiker nennt sie „Zerfallsfunktion“, der Physiker die Halbwertszeit „Halbwertszeit“. Sie ähnelt zwar der sogenannten „degressiven Abschreibung“, bei der ja auch die Abschreibung nach und nach abnimmt. Aber auch der Ausdruck „degressive Steuer“ ist bereits anderweitig besetzt, und zwar durch ein besonderes Kuriosum: Im Schweizer Kanton Obwalden gab es eine „degressive Vermögenssteuer“: Um Milliardäre anzuziehen, sank dort der Steuersatz mit

zunehmender Größe des Vermögens. Obgleich das auch hierzulande für viele politische Maßnahmen Vorbild zu sein scheint, wurde es 2007 vernünftigerweise vom Schweizer Bundesgericht verboten.

Zusammenfassung

1. Während bei einer Nullsetzung aller Kapitalrenditen keineswegs sicher ist, ob und wie schnell die bis heute aufgebaute Ungleichverteilung abgebaut würde, wäre dies bei einer Vermögenssteuer nicht nur sicher, sondern auch in jeder gewünschten Weise steuerbar. Voraussetzung wäre allerdings eine halbwegs vollständige Erfassung der Vermögen.

2. Da der jährliche Anstieg der Ungleichverteilung bisher stets fast konstant war, könnten auch die Steuersätze über große Zeiträume hinweg stabil bleiben. Die früher erhobenen oder heute diskutierten Steuersätze wären allerdings völlig unwirksam. Sie würden den weiteren Anstieg der Ungleichverteilung nur geringfügig verlangsamen, nicht einmal stoppen, geschweige denn abbauen.

3. Da Steuersätze, die die bestehende Ungleichverteilung reduzieren würden, heute noch außerhalb jeder politischen Durchsetzbarkeit liegen, bliebe insgesamt eine Kombination der oben beschriebenen Maßnahmen eine realistische Variante.

Diese Überlegungen sollten vor allem die Größenordnungen deutlich machen, in denen sich wirksame Maßnahmen gegen den ständigen Anstieg der Ungleichverteilung bewegen müssten, die Dimension der Anstrengung, die noch vor uns liegt. Denn die nächste Krise kommt bestimmt. Nur wenn es uns auf friedlichem Wege gelingt, den „Marsch in die Plutokratie“, die Reichenherrschaft, aufzuhalten, nur wenn die Regierungen ihre an Legislaturperioden orientierte Kurzsichtigkeit überwinden und sich an ihren Verfassungseid erinnern würden, könnten wir noch das geschichtsübliche Ende dieser Entwicklung abwenden: die finale Katastrophe, nach der es wieder einmal niemand gewesen sein will. ■

Anmerkungen

1) Siehe ausführlich: Verf.: „Geld oder Leben“, 2004, S. 29.

2) Siehe Helmut Creutz: „Bauen, Wohnen, Mieten“, 1990, S. 77.